

Das Baselbieter Wahlsystem für den Landrat

Nicht jede Stimme zählt gleich viel

Von Thomas Dähler



Alle vier Jahre verpassen prominente Baselbieter Parlamentsmitglieder trotz gutem Wahlergebnis die Wiederwahl. Sie sind das Opfer eines komplizierten Wahlsystems, das per Rechnungsmodus errungene Parteimandate von einem Wahlkreis in einen anderen verschiebt. Gewählt wird im Baselbiet in zwölf Wahlkreisen unterschiedlicher Grösse. Im Proporz zugeteilt werden die Mandate jedoch in vier Wahlregionen, die zwei bis vier Wahlkreise zusammenfassen, gefolgt von einem Umverteilungsverfahren.

Zweck dieser nach ihren amerikanischen Promotoren Webster/Saint Laguë getauften Methode ist eine möglichst genaue Abbildung des Parteienproporz im Parlament. Mehrere Kantone in der Schweiz kennen dieses Modell. Ihre Verteidiger stellen sich auf den Standpunkt, dass das System demokratisch und gerecht sei, denn schliesslich komme es vor allem darauf an, dass die Parteistärken im Parlament korrekt abgebildet sind. Mit welchen Persönlichkeiten dies geschehe, sei weniger wichtig.

Abschaffen wollten dieses System bisher höchstens jene, die deswegen

ihren Sitz im Landrat verloren haben. Vor vier Jahren hat Klaus Kirchmayr (Grüne) zum Wahlsystem eine Interpellation im Landrat eingereicht. Kirchmayr wollte jedoch keineswegs auf die Umverteilung der Parlamentssitze verzichten. Im Gegenteil: Er wollte das System perfektionieren. Denn in der Tat könnten mit dem sogenannten Doppelten Pukelsheim, dem Zürcher Wahlsystem, die Parteistärken noch genauer abgebildet werden – mit einem Rechen-system, das noch komplizierter ist.

Beide Systeme sind höchst problematisch: Die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler können die Umverteilungen nur mit viel Aufwand nachrechnen und ganz sicher nicht auf Anhieb nachvollziehen. Und noch viel gravierender: Die Wählerinnen und Wähler können bei der Stimmabgabe gar nicht ahnen, welche Auswirkungen ihr Stimmzettel auf die nachfolgende Rechnung zur Vergabe der Mandate hat. Nur theoretisch könnte jemand mit einer taktisch motivierten Wahl eine Umverteilung eines unerwünschten Parteisitzes in einen anderen Wahlkreis mitauslösen. Wissen die Wählerinnen und Wähler in Binningen und Oberwil etwa, dass sie gar keine Stimme abgeben sollen, wenn sie indirekt der «Klausen-Partei» AVP, die nur in Allschwil antritt, zu einem Mandat verhelfen wollen?

Das Baselbieter Rechnungs-verfahren löst im kantonalen Vergleich besonders viele Umverteilungen von einem in einen anderen Wahlkreis aus.

Dies hat damit zu tun, dass die Parlamentssitze nicht die Bevölkerung abbilden. Jeder der zwölf Wahlkreise nämlich erhält im Baselbiet sechs Mandate fix zugeteilt; nur die verbleibenden 18 der 90 Landratssitze werden gemäss der Bevölkerung den Wahlkreisen als zusätzliche Sitze zugeteilt. Wegen der auf diese Weise «geschenkten» Sitze ist im Baselbiet

Das Baselbieter System neutralisiert Wahlbeteiligungen und belohnt Stimmfaulheit.

nicht jede Stimme gleich viel wert. So hat die Landeskantlei nach den letzten Wahlen vorgerechnet, dass eine Gelterkinder Stimmabgabe 1,27 mal mehr wert ist als eine Sissacher Stimmabgabe. Das ist, mit Verlaub, nicht demokratisch.

Noch weit fragwürdiger ist, dass mit dem Umverteilungssystem diejenigen Regionen bevorteilt werden, die sich durch eine geringe Wahlbeteiligung auszeichnen. Das Rechen-system gemäss Webster/Saint Laguë neutralisiert nämlich die Wahlbeteiligungen und belohnt Stimmfaulheit.

Zeitgemäss ist das Wahlsystem nicht mehr. Die veränderte Mobilität und die neuen Kommunikationsmöglichkeiten haben dazu geführt, dass die Wählenden meist weit über

ihren Wohnort hinaus aktiv sind, und auch weit über ihren Wahlkreis hinaus Bescheid wissen. Entsprechend könnte der Kanton Baselland heute ohne Weiteres in grösseren Gebietseinheiten das Parlament wählen. Ein Parlament, das auch tatsächlich die Bevölkerung zahlenmässig abbildet.

Der Kanton Baselland hat die Bezirke de facto abgeschafft. Er könnte analog auch die Parlamentswahlen in grösseren Gebieten durchführen – etwa in den heutigen Wahlregionen. Das wäre auch nicht exotisch: Mehrere Kantone haben inzwischen die kleinräumige Bezirksaufteilung für die Kantonswahlen aufgegeben. Würde in den vier Wahlregionen statt den heutigen zwölf Wahlkreisen gewählt, könnten die Wahlberechtigten mehr Kandidatinnen und Kandidaten auf den Wahlzettel schreiben. Dies wäre zwar etwas aufwendiger. Doch im Gegenzug erhielten sie auch die Garantie, dass wirklich diejenigen ins Parlament abgeordnet werden, die sie tatsächlich und mehrheitlich auf ihre Wahlzettel geschrieben haben.

Dies käme einer Stärkung der Demokratie gleich. Die Wählenden erhielten auf einfache Weise die Möglichkeit, mit ihren Wahlzetteln einen grösseren Teil des Parlaments mitzuwählen. Das wäre gerecht und fair, denn bei diesem transparenten Verfahren gälte der Grundsatz, dass jede abgegebene Stimme gleich viel wert ist. thomas.daeher@baz.ch

Gschwätz



Ja, es stimmt: Landrat **Hanspeter Weibel** (SVP) schaut bei jeder Staatsausgabe genau hin und tritt auch konsequent für weniger Staat ein – wie eine

Baselbieter Zeitung treffend analysiert. Auch hat er, wie vermutet, das Zeug zu einem soliden Finanzpolitiker. Doch entgegen besagter Zeitungsanalyse präsidiert Weibel nicht die Finanzkommission. Noch nicht: Dies wäre jedenfalls eine Perspektive für die nächste Legislaturperiode. td



Im *Birsigtal-Boten* berichtet der Oberwiler Landrat **Pascal Ryf** in einer Kolumne über seine Parlaments-tätigkeit. Die Redaktion des Lokalblattes

schreibt Ryf der FDP zu. Der Bürger ist irritiert: Hat Ryf schon wieder die Partei gewechselt? 1999 kandidierte er als SVPLer für den Landrat. Dann sei er «weiser» geworden und wechselte 2002 zur CVP und nun also zur FDP? Ryf winkt ab: «Für mich steht der Mensch im Zentrum und nicht das Geld.» jho



Mit eigenartigen «Kulturinter-ventionen» wirbt SP-Landrat **Steffi Zemp** auf Facebook für seine Wiederwahl. Sein jüngster Streich: ein neues Profil-

bild. Allerdings ist der Kopf abgeschnitten. Im Sinne der Unschuldsvermutung unterstellen wir ihm mal Absicht. Womöglich hat er festgestellt, dass der Landrat in der Proporzwahl bestellt wird und es sich nicht um Kopf-Wahlen handelt. jam

«Nur biologisch abbaubare Substanzen»

Rohner-Chef Daniel Pedrett wehrt sich gegen Vorwürfe, sein Betrieb verschmutze die Umwelt

Von Alex Reichmuth

BaZ: Herr Pedrett, die Firma Rohner hat am 12. Februar ein Leck auf ihrem Areal entdeckt. Um was für ein Leck handelte es sich genau?



Daniel Pedrett: Es geht um eine Abwasserleitung, die zur Abwasserreinigungsanlage ARA führt. Wir haben am 12. Februar festgestellt, dass diese Leitung

kaputt ist. Das Rohr war geborsten. Darum war Abwasser in einen geschlossenen Raum geflossen und hatte diesen gefüllt. Wir haben das Wasser abgepumpt und das Rohr repariert.

Weiss man, wie lange dieses Leck bestand?

Das Rohr konnte maximal einige Stunden zuvor geborsten sein. Denn es flossen grosse Wassermengen aus, sodass der Raum rasch gefüllt war.

Wie konnte so etwas passieren?

Unsere Rohre verlaufen in begehbaren Tunnels und werden täglich oder wöchentlich kontrolliert. Aber grundsätzlich ist es bei uns oder anderswo immer möglich, dass eine Abwasserleitung kaputtgeht.

Welche Substanzen waren im Abwasser enthalten, das ausgeflossen ist?

Unser Abwasser enthält immer nur biologisch abbaubare Substanzen. Am entsprechenden Tag waren vier Promille an Kohlenstoff-Verbindungen enthalten, der allergrösste Teil davon war Alkohol. 96 Prozent dieser Verbindungen bauen sich bereits innert fünf Tagen von selber ab. Der Rest war Wasser.

Warum haben Sie den Vorfall weder der Gemeinde noch dem Kanton gemeldet?

Wir haben ein zweistufiges Meldesystem. Zum einen machen wir eine Sofortmeldung, wenn es einen Vorfall mit Aussenwirkung gegeben hat. Zum anderen machen wir eine weitere Meldung, wenn wir die Ursachen erforscht und die notwendigen Massnahmen eruiert haben. In diesem Fall verzichteten wir auf eine Sofortmeldung, weil wir davon ausgingen, dass der Raum, in den das Abwasser floss, dicht ist. Wir nahmen also an, dass es keine Aussenwirkung gegeben hat. Als der Kanton dann festgestellt hat, dass



Explosion im Werkgebäude. Der Störfall bei der Rohner AG vor drei Jahren. Foto Kostas Maros

das Grundwasser verschmutzt ist, waren wir noch an der Aufarbeitung des Vorfalls.

Das kantonale Amt für Umweltschutz und Energie hat diese Grundwasser-Verschmutzung am 25. Februar festgestellt, anlässlich Routinemessungen. Für den Kanton ist klar, dass diese Verschmutzung durch das Leck bei Rohner entstanden ist.

Es ist bis zum heutigen Zeitpunkt nur eine Vermutung, dass die Verschmutzung auf das Leck bei uns zurückzuführen ist. Die Hypothese ist, dass das Rohr schon längere Zeit undicht war, und dass deswegen kleinere Mengen an Abwasser ausgeflossen sind, als das Rohr noch nicht geborsten war.

Sie sagen also, es sei nicht sicher, dass das Grundwasser durch die Rohner AG verschmutzt worden ist?

Ja. Wir haben vom Kanton bis jetzt keine Informationen bekommen, welche Substanzen in welcher Konzentration im Grundwasser gefunden worden sind. Erst mit diesen Informationen kann aber eruiert werden, von welchem Industriebetrieb diese Substanzen gekommen sind. Wir hoffen, diese Daten bald zu bekommen.

Unsererseits untersuchen wir derzeit, wie die vier Promille an Kohlenstoff-Verbindungen in unserem Abwasser genau zusammengesetzt waren.

Jedenfalls ist die Empörung in Pratteln gross. Der Gemeinderat fordert sogar die vorübergehende Schliessung Ihres Betriebs. Können Sie die Reaktionen nachvollziehen?

Ich könnte sie dann nachvollziehen, wenn klar wäre, dass Rohner die Verschmutzung verursacht hat, und wenn von dieser Verschmutzung eine Gesundheitsgefährdung ausginge.

«Wir gingen davon aus, dass der Raum, in den das Abwasser floss, dicht ist.»

Bis heute wissen aber weder der Gemeindepräsident noch wir, in welchem Ausmass das Grundwasser kontaminiert worden ist. Der Kanton hat nur informiert, dass nie eine Gefahr für die Bevölkerung bestand. Darüber hinaus wissen wir nur, dass in unserem Abwasser am 12. Februar vier Promille an Kohlenwasserstoffen

enthalten waren, und dass sich diese innert fünf Tagen fast vollständig abbauen.

Was tun Sie nun weiter?

Wie gesagt, untersuchen wir unser Abwasser vom 12. Februar, damit wir sagen können, innert welcher Frist sich alle enthaltenen Substanzen abgebaut haben. Zudem haben wir offene Fragen: Was war im Grundwasser drin? Wie hoch war die Verunreinigung? Die Öffentlichkeit ist sicher auch interessiert, dazu Antworten zu bekommen.

Der Rohner AG wird vorgeworfen, dass sich die Pannen und Störfälle häufen. Was sagen Sie dazu?

Von einer Häufung kann keine Rede sein. Vor drei Jahren hatten wir eine Explosion im Werkgebäude. Diese war in der Tat gravierend. Zuvor aber gab es keine Havarien.

Werden Sie künftig über allfällige Ereignisse transparent informieren?

Sicher. Es gibt genaue Regeln, wie und wann Industriebetriebe informieren müssen. Wir haben uns schon in der Vergangenheit bemüht, mehr zu informieren als vorgeschrieben. Das werden wir auch in Zukunft so halten.

Nachrichten

Auto überschlägt sich auf A22

Füllinsdorf. Bei einem Selbstunfall eines 43-jährigen Automobilisten hat sich dessen Wagen in der Nacht auf gestern auf der A22 bei Füllinsdorf mehrmals überschlagen. Der Lenker zog sich Verletzungen zu, am Auto entstand Totalschaden. Der von Liestal kommende Autofahrer sei kurz nach 1.30 Uhr vor der Ausfahrt Pratteln in einer Linkskurve geradeaus gefahren, teilte die Baselbieter Polizei mit. Das Auto durchbrach einen Wildschutzzäun, flog mehrere Meter durch die Luft, überschlug sich und kam auf der Seite liegend zum Stillstand. SDA

17-monatiges Kind von Auto angefahren

Arlenheim. Auf der Talstrasse in Arlesheim kam es am Donnerstag-nachmittag zu einer Kollision zwischen einem Personenwagen und einem Kleinkind im Kinderwagen. Der 83-jährige Lenker habe auf Höhe der Sportanlage «In den Widen» eine Fussgängerin übersehen, die mit ihrem Kinderwagen den dortigen Fussgängerstreifen überquerte, meldete die Baselbieter Polizei gestern. Das Fahrzeug kollidierte darauf mit dem Kinderwagen und schob diesen mehrere Meter vor sich her. Der 17-monatige Junge wurde dabei leicht verletzt und musste ins Spital gebracht werden. BaZ

Sperrungen der Tunnel Schänzli und Hagnau

Birsfelden. Wie das Bundesamt für Strassen, meldet, werden im Rahmen des Erhaltungsprojekts Schänzli vom 12. bis 25. März Instandsetzungsarbeiten im Bereich der Tunnel Schänzli und Hagnau ausgeführt. Diese machen Nacht- und Wochenendsperrungen nötig. Im Hagnautunnel werden Schutzunnel und Schalwagen montiert, im Schänzli Betontragarbeiten durchgeführt. BaZ